

# Russland, NATO und europäische Integration 1990–2014: Ausbleibende Aufnahme und ihre Hintergründe

## Ende des Kalten Krieges: Visionen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung (1990–1992)

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 stellte sich die Frage, wie die Sowjetunion bzw. das post-sowjetische Russland in eine neue europäische Friedensordnung eingebunden werden könnte. Westliche Staatsführer signalisierten zunächst weitreichende Kooperation. US-Präsident George H. W. Bush sprach 1989 von einem „Europa, das ganz und frei“ sein solle – eine Vision, in der ehemalige Gegner gemeinsam Sicherheit gestalten[1]. Bundeskanzler Helmut Kohl betonte, Stabilität in Europa sei „**nicht ohne oder gegen Russland**“ zu erreichen[2]. In diesem Geist erklärten westdeutsche und US-Diplomaten 1990 gegenüber Kremlchef Michail Gorbatschow, die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher versicherte am 31. Januar 1990 öffentlich: „Egal, was im Warschauer Pakt passiert, es wird **keine** Erweiterung des NATO-Territoriums **nach Osten** geben, also näher an die Grenzen der Sowjetunion“[3]. Auch US-Außenminister James Baker stimmte Gorbatschow am 9. Februar 1990 zu: „Es wird keine Ausdehnung der NATO-Jurisdiktion um **keinen Zoll nach Osten** geben“ – worauf Gorbatschow antwortete, jegliche Ausweitung der NATO-Zone sei „inakzeptabel“[4]. Diese Zusicherungen – wenngleich sie sich *formal* nur auf Ostdeutschland im Zuge der Wiedervereinigung bezogen[5] – weckten in Moskau die Erwartung, dass die westliche Allianz die sowjetischen Sicherheitsinteressen respektieren und stattdessen an einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur arbeiten würde. So hoffte Gorbatschow auf eine „*gemeinsame europäische Heimat*“ und die Stärkung der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als inklusives Forum[6].

Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 stand Russland unter Präsident Boris Jelzin zunächst dem Westen wohlwollend gegenüber. Jelzin und sein liberaler Außenminister Andrei Kosyrew verfolgten einen ausdrücklich westlich orientierten Kurs. Kosyrew schrieb später, ein demokratisches Russland wäre „*ein natürlicher Alliierter*“ der USA und auch der NATO[7]. Jelzin selbst stellte 1991 in Aussicht, Russland könne langfristig ein gleichberechtigter Teil westlicher Strukturen werden[8][9]. In einem offenen Brief an die NATO im Dezember 1991 regte Jelzin sogar an, über eine **Mitgliedschaft Russlands** in der Allianz nachzudenken[10][8]. Diese pro-westlichen Signale wurden in Washington und Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen. Zwar begrüßte man in Prinzip die Idee eines „*neuen Europas*“ unter Einschluss Russlands, doch konkrete Schritte blieben vage. US-Präsident Bush Sr. hatte zwar versichert, die USA würden die Revolutionen in Osteuropa nicht ausnutzen, um sowjetische Interessen zu verletzen[11]. Dennoch entschieden die USA und ihre Verbündeten, die NATO als Kern der europäischen Sicherheit zu erhalten – mit offener Tür zur Zusammenarbeit, aber zunächst ohne förmliche Integration Moskaus[6]. Stattdessen forcierte man 1990 die Umwandlung der KSZE in eine Organisation (OSZE) sowie die Einrichtung des Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR), in dem auch die Sowjetunion und später Russland ab 1991 mit am Tisch saßen.

## Die 1990er Jahre: NATO-Osterweiterung und russische Enttäuschungen

In den Jahren 1993/94 prallten unterschiedliche Erwartungen an die Zukunft der NATO aufeinander. Viele mittel- und osteuropäische Staaten drängten auf schnellen Beitritt zum Bündnis, um nie wieder schutzlos dem ehemaligen Hegemon Russland ausgeliefert zu sein – so etwa Polens Präsident Lech Wałęsa und Tschechiens Präsident Václav Havel gegenüber US-Präsident Bill Clinton[12]. Demgegenüber war die Haltung in Washington zunächst noch unschlüssig. **Innerhalb der US-Regierung** bestanden erhebliche Zweifel, ob eine Erweiterung der NATO klug sei: Russland stehe vor einem fragilen Übergang zur Demokratie, und man arbeitete eng mit Moskau z. B. bei der Denuklearisierung der Ukraine zusammen[13]. Viele von Clintons Beratern – etwa Russland-Experte Strobe Talbott – warnten, eine Ausdehnung der NATO könne russische Hardliner stärken und die Reformkräfte schwächen[14]. Auch das Pentagon gab zu bedenken, dass neue NATO-Mitglieder automatische Beistandsverpflichtungen (Artikel 5) bedeuteten, was zusätzliche Ressourcen erfordere[15]. In Deutschland zeigte sich ein ähnliches Spannungsfeld: Verteidigungsminister Volker Rühle sprach sich im März 1993 als erster westlicher Regierungsvertreter offen **für** eine NATO-Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens aus, um ihnen „die gleiche Sicherheit“ zu geben wie den westlichen Nachbarn[16][17]. Bundeskanzler Kohl hingegen reagierte zurückhaltender. Vorrang hatte für ihn zunächst die Stabilisierung Russlands: Er wolle die NATO-Frage „vorsichtig und langsam“ angehen, um Zeit für eine „*dauerhafte Partnerschaft mit Russland*“ zu gewinnen[18]. In einem Telefonat mit Clinton im September 1993 zweifelte Kohl offen, ob ein Bündnisbeitritt Polens, Ungarns und Tschechiens „überhaupt schon machbar“ sei – vielleicht brauche es eine Zwischenlösung auf unbestimmte Zeit, um sowohl den Sicherheitsbedürfnissen Osteuropas als auch Russlands Rechnung zu tragen[19].

Vor diesem Hintergrund entwickelte die NATO Anfang 1994 die „**Partnerschaft für den Frieden**“ (**PfP**). Dieses Programm bot allen ehemaligen Ostblockstaaten – einschließlich Russlands – militärische Kooperation, gemeinsame Übungen und Dialog, jedoch **ohne** feste Beitrittsgarantien. US-Präsident Clinton verkaufte Jelzin diese Idee im Januar 1994 als „*das Wahre*“, einen Weg, der **allen** offenstehe und keine neuen Trennlinien in Europa ziehe[20]. Tatsächlich sagte Clinton seinem russischen Amtskollegen zu: „*NATO-Erweiterung ist nicht gegen Russland gerichtet; sie soll niemanden ausschließen, und es gibt keinen unmittelbar bevorstehenden Zeitplan... Das übergeordnete Ziel ist die europäische Sicherheit, Einheit und Integration – ein Ziel, von dem ich weiß, dass du es teilst.*“[20]. Jelzin reagierte **erleichtert**. Bei einem Treffen mit US-Außenminister Warren Christopher im Oktober 1993 nannte er die PfP-Idee einen „Geistesblitz“ und „genial“[21][22]. Er hörte aus den amerikanischen Aussagen heraus, dass die USA **statt** einer exklusiven Osterweiterung nun eine für alle offene Sicherheitskooperation bevorzugten[23][22]. Diese Interpretation veranlasste Jelzin zu der Annahme, die NATO-Mitgliedschaft der osteuropäischen Nachbarn sei auf absehbare Zeit vom Tisch – eine Annahme, die sich bald als Irrtum erweisen sollte[23][22].

Tatsächlich war innerhalb der Clinton-Administration PfP zunächst ein **Kompromiss**: Man schuf eine inklusive Kooperationsplattform, ließ aber die grundsätzliche Möglichkeit einer späteren Erweiterung bewusst offen[24][25]. Im Laufe des Jahres 1994 mehrten sich in Washington wieder die Stimmen, die auf einen NATO-Beitritt ausgewählter Länder drängten – allen voran der Nationale Sicherheitsberater Anthony Lake[26]. Neue Mitglieder würde es „*nicht sofort, aber der Reihe nach*“ geben, so lautete das Credo. In Moskau hingegen nahm die Beunruhigung

zu, als bekannt wurde, dass das US-Außenministerium (Assistant Secretary Richard Holbrooke) bereits im Herbst 1994 mit konkreten Planungen für eine Erweiterung begann[27]. **Präsident Jelzin** fühlte sich getäuscht: Noch Ende November 1994 schrieb er einen Protestbrief an Clinton, in dem er betonte, Russland setze auf die KSZE als „*vollwertige gesamteuropäische Organisation*“ – unter diesen Umständen könne man „*die Revitalisierung der Debatte über eine Ausweitung der NATO*“ überhaupt nicht verstehen[28]. Wenige Tage später platzte Jelzin auf dem Budapester KSZE-Gipfel (Dezember 1994) vor versammelter Bühne der westlichen Staatsoberhäupter der Krage: „*Warum säen Sie Misstrauen? ... Europa droht in einen kalten Frieden abzugleiten... Die Geschichte zeigt, dass es eine gefährliche Illusion ist zu glauben, die Geschicke der Kontinente ließen sich von einer einzigen Hauptstadt aus lenken.*“[29]. Diese dramatische Warnung – Jelzin sprach von einem „*kalten Frieden*“, der Europa gefährde – machte deutlich, dass Russland die angestrebte NATO-Ausdehnung als existenzielle Provokation empfand.

Die **USA und Deutschland** bemühten sich nun um Schadensbegrenzung. Washingtons Emissär Vizepräsident Al Gore eilte im Dezember 1994 nach Moskau, um klarzustellen, es werde **keine übereilte Erweiterung** geben[30]. Man verspreche „*keine Überraschungen*“ und werde Schritt für Schritt vorgehen, **in Absprache** mit Russland – jedenfalls werde 1995, während der russischen Parlamentswahlen, kein neues Land aufgenommen[30]. Jelzin beruhigte sich vorerst. Im Mai 1995, zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, kam Clinton nach Moskau – und Jelzin erhob nochmals eindringlich Einspruch: „*Ich sehe nichts als Demütigung für Russland, wenn Sie damit fortfahren... Wir brauchen neue Strukturen für eine paneuropäische Sicherheit, nicht die alten!... Aber zuzustimmen, dass sich die Grenzen der NATO bis an die Russlands ausdehnen – das wäre ein Verrat meinerseits am russischen Volk.*“[31]. Clinton entgegnete, man werde behutsam und schrittweise vorgehen und nichts tun, was Russlands Sicherheit untergrabe oder Europa wieder spalte[32]. Dennoch beharrte er darauf, dass die Erweiterung kommen werde („*nicht überhastet, aber bittet uns auch nicht, aufzuhören*“[32]) und warb dafür, dass Russland sich doch der Partnerschaft für den Frieden anschließe[32]. Am Ende dieser hitzigen Debatte einigte man sich, **praktisch-politisch** die NATO-Aufnahme neuer Mitglieder zumindest bis nach den russischen Präsidentschaftswahlen 1996 aufzuschieben[32].

Bundeskanzler Kohl agierte in dieser Phase als **Vermittler** zwischen Ost und West. Er versicherte Jelzin wiederholt, die NATO-Erweiterung stehe unter den Prämissen „*keine Überraschungen, keine Hast und keine Ausgrenzung*“ Russlands[2]. Kohl glaubte fest daran, dass eine Erweiterung *nur im Einklang mit Moskau* nachhaltig sein könne – und dass Russland langfristig einen eigenen Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur erhalten müsse[2]. Gleichzeitig erkannte er die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der Polen, Balten und anderen Nachbarn an. Diesen Spagat versuchte Kohl mit einer Politik der kleinen Schritte: „*Zurzeit geht es nur um das 'Wie', später um das 'Wann' und 'Wer'*“, erklärte er 1995 sinngemäß gegenüber Jelzin, um deutlich zu machen, dass man jetzt vor allem den Prozess gestalten müsse[33][34]. Jelzin selbst schien Mitte der 90er Jahre ambivalent: Einerseits protestierte er lautstark gegen die Osterweiterung, andererseits schien er sich ins Unvermeidliche zu schicken – zumindest wollte er das Tempo und die Bedingungen mitbestimmen[35]. Wichtig war Jelzin vor allem, innenpolitisch das Gesicht zu wahren und Zeit zu gewinnen, um den Hardlinern den Wind aus den Segeln zu nehmen[36][37]. So drängte er darauf, dass vor den heiklen Wahlgängen 1995/96 keine NATO-Entscheidungen fallen dürften[36], was die Alliierten respektierten.

1997 war es dann soweit: Im Juli wurden Polen, Ungarn und Tschechien offiziell zur NATO-Aufnahme eingeladen. Parallel dazu schloss die Allianz mit Russland den **NATO-Russland-Grundakte** (*Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security*) ab. Darin wurde feierlich festgehalten, dass sich NATO und Russland „**nicht als Gegner betrachten**“<sup>[38]</sup>, und man errichtete einen **Ständigen Gemeinsamen Rat**, um sicherheitspolitische Fragen im Dialog zu klären. Präsident Jelzin unterzeichnete die Grundakte im Mai 1997 zwar widerwillig – er nannte sie gegenüber Clinton einen „erzwungenen Schritt“ aufgrund der NATO-Pläne<sup>[10]</sup>. Doch immerhin konnte Moskau gewisse Zusagen erreichen: etwa das Versprechen der NATO, keine **ständigen** substantiellen Truppen in den neuen Mitgliedstaaten zu stationieren<sup>[39][38]</sup>. Jelzin erklärte öffentlich, mit dieser Vereinbarung sei der Kalte Krieg endgültig beendet<sup>[40]</sup>. Hinter den Kulissen blieb der Kreml jedoch skeptisch. Schon **1996** hatte der neue russische Außenminister Jewgeni Primakow – ein Verfechter einer multipolaren Weltordnung – gegenüber Kohl auf eine „*Pause*“ in der NATO-Debatte gedrungen, um eine **konsensuale Lösung** zu suchen<sup>[41][42]</sup>. Kohl zeigte Verständnis, wollte die Erweiterung aber nicht dauerhaft auf Eis legen – nur eben möglichst konfliktarm gestalten<sup>[43][34]</sup>. Als die ersten drei osteuropäischen Länder 1999 tatsächlich NATO-Mitglieder wurden, hatte Russland dies zähneknirschend akzeptiert, doch von **Enthusiasmus** keine Spur. Jelzin bezeichnete die Osterweiterung im selben Jahr nochmals als **Gefahr** für Russlands Sicherheit<sup>[44]</sup>. Symbolträchtig war auch, was im März 1999 – fast zeitgleich mit dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns – geschah: Die NATO begann ohne UNO-Mandat mit Luftangriffen auf Serbien, um das Vorgehen Belgrads im Kosovo zu stoppen. Diese Bombardierung eines traditionellen russischen Verbündeten löste in Moskau Empörung aus. Jelzin sah sich getäuscht: Kurz zuvor hatte ihm Clinton versichert, „*wir werden nichts tun, was Russlands Sicherheit untergräbt*“<sup>[32]</sup> – nun handelte die NATO im Kosovokonflikt ohne Rücksicht auf russische Einwände. In russischen Augen bestätigte dies das Narrativ, die USA und NATO würden russische Interessen notfalls ignorieren, sobald es ihren Zielen diene<sup>[23][6]</sup>. Westliche Beobachter wie der amerikanische Diplomat George F. Kennan hatten bereits 1997 gewarnt, die NATO-Osterweiterung sei ein „*schicksalhafter Fehler*“: Sie würde den russischen Nationalismus anfachen und Moskau in unwillkommene Richtungen treiben<sup>[45][46]</sup>. Diese Prognose schien sich Ende der 90er Jahre zu bewahrheiten, als in Russland die zuvor pro-westliche Stimmung in Enttäuschung und Trotz umschlug.

## Frühe 2000er: Partnerschaftssuche unter Putin – und neue Ernüchterung

Als **Wladimir Putin** zum Jahreswechsel 1999/2000 Präsident wurde, übernahm er ein zwiespältiges Erbe: Einerseits war Russland durch die 90er-Jahre-Krise geschwächt und angewiesen auf Kooperation mit dem Westen, andererseits herrschte Verbitterung über die NATO-Ausdehnung und westliche Alleingänge. Putin gab sich anfangs pragmatisch und sogar offen für **ungewöhnliche Ideen**. In seinem ersten BBC-Interview im März 2000 schloss er einen NATO-Beitritt Russlands nicht aus: „*Ich sehe keinen Grund, warum nicht.*“<sup>[47]</sup>. Im selben Jahr fragte er bei einem Treffen mit US-Präsident Bill Clinton im Kreml augenzwinkernd: „*Was würde Amerika dazu sagen, wenn Russland der NATO beitreten wollte?*“ – Clinton habe „*nichts dagegen*“ gehabt, doch in der US-Delegation sei sichtbare Nervosität ausgebrochen, so Putins spätere Erinnerung<sup>[48][8]</sup>. Diese Episode verdeutlicht, dass Putin zumindest rhetorisch mit dem Gedanken spielte, Russland als **gleichberechtigten Partner** in das westliche Bündnis einzubringen. Er knüpfte dies jedoch an die Erwartung, auf Augenhöhe behandelt zu werden – „*als gleichwertiger Partner, nicht als irgendjemand, der in der Schlange hintersteht*“, wie er es formulierte<sup>[49]</sup>. In der Realität blieb ein Aufnahmeprozess Russlands in die NATO jedoch

außerhalb des politischen Vorstellungsvermögens sowohl der Allianz als auch Russlands selbst. NATO-Generalsekretär George Robertson erinnerte sich, Putin habe ihm 2001 gesagt: „*Man kann sich NATO-Mitgliedschaft durchaus vorstellen – aber Russland wartet nicht lange in einer Schlange an.*“ Russland wollte also, wenn überhaupt, **sonderbehandelt** werden, was mit dem egalitären Prinzip des Bündnisses kaum vereinbar war.

Nichtsdestotrotz näherten sich NATO und Russland in den ersten Putin-Jahren wieder an. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stellte sich Moskau demonstrativ an die Seite der USA im Kampf gegen den Terrorismus. Putin eröffnete den Amerikanern Überflugrechte und Stützpunkte in Zentralasien für den Afghanistan-Einsatz – ein bemerkenswertes Entgegenkommen. Im Gegenzug intensivierte die NATO die Kooperation mit Russland: **2002** wurde der **NATO-Russland-Rat (NRR)** gegründet, der Russland formal eine **gleichberechtigte Stimme** neben den NATO-Staaten geben sollte (im Format „20 zu 1“ statt wie bisher „19+1“)[8][9]. Putin nahm im Mai 2002 persönlich am NATO-Russland-Gipfel in Rom teil, wo beide Seiten erklärten, in Zukunft gemeinsam gegen neue Bedrohungen wie Terror und Massenvernichtungswaffen vorgehen zu wollen. „**Die Logik der Konfrontation weicht einer Ära der Kooperation gleichberechtigter und geachteter Partner**“, erklärte die Clinton-Administration optimistisch zur neuen NATO-Russland-Grundlage[50]. Tatsächlich arbeitete Russland etwa bei NATO-geführten Friedenseinsätzen in Bosnien und Kosovo mit und eröffnete 2002 sogar eine ständige Mission beim NATO-Hauptquartier in Brüssel. Im selben Jahr trat – nach langem Zögern – auch das **Gründungsabkommen über Partnerschaft und Kooperation zwischen Russland und der EU** in Kraft, das bereits 1994 unterzeichnet worden war[51]. Die EU und Russland vereinbarten 2003 in Sankt Petersburg zudem die Schaffung von vier „Gemeinsamen Räumen“ (Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Recht; äußere Sicherheit; Wissenschaft und Kultur) zur Vertiefung ihrer Beziehungen[52][53]. All dies schürte zeitweilig die Hoffnung, Russland könnte doch schrittweise in die euro-atlantischen Strukturen hineinwachsen – wenn schon nicht als NATO-Mitglied, so doch als strategischer Partner mit privilegiertem Status.

Doch unter der Oberfläche blieben **Zweifel und Konfliktpotential** bestehen. Putin erwartete, dass der Westen im Gegenzug für russische Kooperationsbereitschaft *seine* Sicherheitsbedenken ernster nehmen würde. Stattdessen fühlte Moskau sich bald erneut **vor den Kopf gestoßen**: Die USA kündigten Ende 2001 einseitig den ABM-Vertrag (über Raketenabwehr) – trotz russischer Einwände. 2002 beschloss die NATO zudem die zweite Osterweiterungsrunde, in der sieben weitere Staaten eingeladen wurden, darunter die drei **baltischen Republiken** an Russlands Grenze. Obwohl Putin hiergegen öffentlich weit weniger vehement protestierte als Jelzin einige Jahre zuvor – Beobachter führen das auf Russlands Schwäche Anfang der 2000er zurück –, war der **Unmut** im Moskauer Establishment groß. Man fühlte sich durch die NATO nun buchstäblich **umzingelt**: Von Norwegen über Polen und das Baltikum bis zur Türkei stand das Bündnis direkt an den russischen Außengrenzen. Westliche Politiker beteuerten zwar weiterhin, niemand in Moskau brauche Angst vor NATO-Truppen zu haben[46][54]. So erklärte Präsident George W. Bush 2004, die NATO-Ausdehnung bringe „*Freiheit und Sicherheit in Regionen, die früher unter Diktatur litten*“, und dies erhöhe letztlich auch Russlands Sicherheit, da stabile, demokratische Nachbarn im Interesse aller seien. In Moskau überwog jedoch die Sichtweise, die USA nutzten Russlands Schwäche aus, um ihre Einflussosphäre maximal auszudehnen[6]. **Ideologisch** hatte sich mittlerweile ein Kurswechsel vollzogen: War unter Jelzin noch der pro-westliche „Atlantiker“ Kozyrew tonangebend, so prägten unter Putin zunehmend die Silowiki

(Sicherheitseliten) und „Eurasier“ das Denken – Leute wie Verteidigungsminister Sergei Iwanow oder Berater mit Großmachtdenken. Sie interpretierten die NATO-Politik als Versuch, Russland dauerhaft kleinzuhalten und einen **Monopol-** bzw. Unipolarmachtstatus der USA zu zementieren[55][56]. Auch in der breiten russischen Öffentlichkeit wuchs das Narrativ, man sei vom Westen „*getäuscht und gedemütigt*“ worden. Präsident Putin – innenpolitisch gestärkt durch den Tschetschenien-Krieg und die wirtschaftliche Erholung – begann, diesem Unmut auf internationaler Bühne deutlich Ausdruck zu verleihen.

## Eskalation der Kritik: Münchner Rede 2007 und das Georgien-Debakel 2008

Der Wendepunkt in der Rhetorik war **Putins berühmt-gewordene Rede** auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Vor versammelter westlicher Elite attackierte Putin offen die Nachkriegsordnung und insbesondere die USA. Er geißelte die „unipolare Welt“ als „*inakzeptabel und unmöglich*“, kritisierte die „**maßlose Verwendung von Gewalt**“ durch die USA und beklagte, niemand fühle sich mehr sicher, weil internationales Recht ständig umgangen werde[55][56]. In Bezug auf die NATO fand Putin besonders scharfe Worte: Die fortgesetzte **Osterweiterung** bezeichnete er als „*provokativ*“ und vertrauenszerstörend[57][58]. „*Ich denke, es ist offensichtlich, dass die NATO-Erweiterung keinerlei Beziehung zu der Modernisierung der Allianz selbst oder zu Sicherheitsbedrohungen in unserer Zeit hat... Im Gegenteil, sie stellt eine ernsthafte Provokation dar, die das Maß des gegenseitigen Vertrauens vermindert.*“ so Putin sinngemäß[59]. Er erinnerte das westliche Publikum an die einstigen Zusicherungen: Manfred Wörner, der NATO-Generalsekretär von 1990, habe versprochen, keine NATO-Truppen über die Grenzen des wiedervereinigten Deutschlands hinaus vorzuschieben[58]. Genau dies sei aber geschehen – NATO-Militärinfrastruktur stehe nun an Russlands Westgrenze, während Russland seinen Verpflichtungen (z. B. im KSE-Vertrag) treu nachkomme[60][58]. Putin warnte eindringlich vor der „*ungebremsten militärischen Eigenmacht*“ der NATO und deutete an, wenn man Russland nicht einbinde, würde die Allianz für Moskau zum Feindbild: „*Sonst wird die NATO ein Feind Russlands sein*“, habe er bereits im Vorfeld Merkel gesagt[61][62]. In München machten diese Worte Schlagzeilen – westliche Teilnehmer wie NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer nannten Putins Auftritt „*enttäuschend und nicht hilfreich*“, US-Senator Joe Lieberman gar „fast schon im Kalten-Kriegs-Stil“[63]. Doch in Russland wurde Putin für seine Offenheit gefeiert. Er hatte unmissverständlich klargemacht, dass **Russlands Geduld am Ende** sei und man nicht länger bereit sei, eine aus Moskauer Sicht von den USA dominierte, für Russland nachteilige Sicherheitsordnung hinzunehmen[64].

Nur ein Jahr später folgte die Nagelprobe: Auf dem NATO-Gipfel in **Bukarest im April 2008** standen die Beitrittswünsche der Ukraine und Georgiens zur Debatte. US-Präsident George W. Bush plädierte vehement dafür, beiden Ländern eine **Mitgliedschaftsperspektive** (den sogenannten Membership Action Plan, MAP) zu eröffnen[65]. **Bundeskanzlerin Angela Merkel** hingegen – unterstützt von Frankreich – bremste. Sie kannte Putin gut und hielt es für gefährlich, jetzt eine formelle Beitrittseinladung an Kiew und Tiflis auszusprechen. „*Die Aufnahme eines neuen Mitglieds sollte nicht nur diesem mehr Sicherheit bringen, sondern auch der NATO*“, begründet Merkel später ihre Haltung[66][67]. Im Fall der **Ukraine** gab es Besonderheiten: Auf der Krim war die russische Schwarzmeerflotte stationiert, und nur eine Minderheit der ukrainischen Bevölkerung unterstützte damals einen NATO-Beitritt[68][69]. Merkel betonte zudem: „*Natürlich gibt es kein Vetorecht eines Dritten außerhalb der NATO,*

auch nicht für Russland“, doch ebenso wenig einen Automatismus – jedes Land müsse auch **innerhalb der NATO** Konsens finden[70][71]. Diese pragmatischen Bedenken setzten sich durch: Die NATO verweigerte der Ukraine und Georgien zunächst den MAP, erklärte jedoch im Abschlusstext, dass beide Staaten „Mitglieder werden **werden**“ – allerdings ohne Zeitplan. Dieser **Kompromiss** war, wie Merkel später einräumte, „für die Ukraine ein Nein zu ihren Hoffnungen“, aber für Putin **trotzdem** ein klares Ja zur Mitgliedschaft – sprich eine „Kampfansage“ [72]. Tatsächlich hatte Putin am Rande des Gipfels gegenüber Bush unmissverständlich klargemacht, was er von einem ukrainischen NATO-Beitritt hielt. Laut Diplomaten sagte er sinngemäß, die Ukraine sei kein echter Staat, ein Teil gehöre historisch zu Russland – der Beitritt wäre für ihn inakzeptabel. Wenige Monate später, im **August 2008**, eskalierte der schwelende Konflikt um die abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien zum russisch-georgischen **Krieg**. Georgien, ein enger westlicher Partner, sah sich von Russland angegriffen – doch die NATO konnte (und wollte) dem nicht militärisch entgegentreten. Russland demonstrierte damit seine Entschlossenheit, NATO-Ausdehnung in seine unmittelbare Nachbarschaft notfalls gewaltsam zu verhindern. Westliche Kritiker meinten im Nachhinein, man habe die roten Linien des Kremls unterschätzt: Selbst der ehemalige US-Verteidigungsminister **Robert Gates** – ein Befürworter der meisten NATO-Erweiterungen – gestand 2014 ein, es sei „wirklich überzogen“ gewesen, 2008 auch noch Georgien und Ukraine aufzunehmen, und habe Russlands vitale Interessen ignoriert[73][74].

Nach dem Georgien-Krieg lagen die NATO-Russland-Beziehungen am Boden; der NATO-Russland-Rat setzte seine Arbeit zeitweilig aus. Dennoch versuchte man einen letzten **Neustart**: Die EU verhandelte 2008 mit Präsident Dmitri Medwedew – Putins zeitweilig liberaler wirkendem Nachfolger – über ein neues Partnerschaftsabkommen, und die USA unter Barack Obama starteten 2009 einen „Reset“ in den Beziehungen zu Moskau. Medwedew lancierte 2009 sogar den Vorschlag eines umfassenden „Europäischen Sicherheitsvertrags“, an dem **alle** euroatlantischen Staaten (inklusive USA) gleichberechtigt teilnehmen sollten[75][76]. Dahinter stand die Idee, die NATO nicht länger allein die Sicherheitsarchitektur bestimmen zu lassen, sondern ein kollektives System zu schaffen, das auch Russland feste Garantien gibt. Im Westen wurde dieses Ansinnen jedoch zögerlich bis ablehnend aufgenommen – man sah darin den Versuch, die bestehende NATO-Ordnung auszuhebeln oder Russland ein privilegiertes Mitspracherecht (eine Art Vetorecht) über westliche Militäraktionen einzuräumen[77]. Statt eines großen Wurfs begnügte man sich mit **pragmatischer Kooperation**: 2010 vereinbarten NATO und Russland auf dem Lissabonner Gipfel, bei der Raketenabwehr in Europa zusammenzuarbeiten – ein Projekt, das jedoch bald am Streit über die genaue Ausgestaltung scheiterte. Gleichzeitig trat 2010 der neue **NATO-Strategische Konzept** in Kraft, das weiterhin **NATO-Erweiterungen** als offen bezeichnete und Russland nur als Partner „soweit es die gemeinsamen Werte teilt“ erwähnte. Spätestens mit **Putins Rückkehr** ins Präsidentenamt 2012 endete die kurze Tauwetter-Periode. Putin hatte aus den Ereignissen gelernt, dass der Westen seine Kerninteressen kaum berücksichtigen würde, wenn Russland nicht die nötige Macht entgegensetzte. Die innenpolitischen Proteste 2011/12 schrieb er offen westlicher Einmischung zu, die NATO-Raketenabwehrpläne bezeichnete er als direkt gegen Russlands Nuklearpotential gerichtet. Zudem gewann er den Eindruck, die **EU-Osterweiterung** (bzw. das Angebot der Assoziierungsabkommen an ehemalige Sowjetrepubliken wie die Ukraine) sei nur die zivile Vorhut einer geopolitischen Verdrängung Russlands aus seiner traditionellen Einflusszone.

All dies gipfelte in der Ukraine-Krise **2013/14**. Als der ukrainische Präsident Janukowytsch – unter starkem Druck Moskaus – das EU-Assoziierungsabkommen aussetzte, kam es in Kiew zu pro-westlichen Massenprotesten (Maidan), Janukowytsch wurde im Februar 2014 abgesetzt. Putin reagierte prompt: Er bezeichnete den Machtwechsel als vom Westen gesteuerten **Putsch** und besetzte militärisch die Krim, welche Russland im März 2014 annektierte. Dieser Bruch des Völkerrechts schockierte die westlichen Staaten zutiefst. Die NATO setzte alle Kooperation mit Russland aus; die EU verhängte Sanktionen. Deutlich wurde: Hier standen sich nun zwei Ordnungsentwürfe **unversöhnlich** gegenüber – auf der einen Seite das Prinzip der freien Bündniswahl souveräner Staaten (aus westlicher Sicht darf etwa die Ukraine eigenständig über EU- oder NATO-Annäherung entscheiden), auf der anderen Seite Russlands Anspruch auf eine Einflussphäre und Nicht-Erweiterung westlicher Allianzen an seine Grenzen. Das jahrelange Bemühen, Russland in eine gemeinsame Sicherheitsstruktur einzubinden, war 2014 an einem Tiefpunkt angelangt. Kanzlerin Merkel, die bis zuletzt auf Dialog mit Putin gesetzt hatte, konstatierte ernüchtert, Putin lebe politisch „*in einer anderen Welt*“. In ihren Memoiren verteidigt sie allerdings ihre Entscheidung von 2008 (der Ukraine damals kein schnelles NATO-MAP zu gewähren): Ein Beitrittsplan hätte Kiew **nicht automatisch geschützt**, sondern womöglich Putin nur früher zur Gewalt greifen lassen, ohne dass die NATO effektiv eingegriffen hätte[78][79]. Putin selbst hatte ihr 2008 prophezeit: „*Du wirst nicht ewig Kanzlerin sein. Und dann werden sie [die Ukrainer] NATO-Mitglied – das will ich verhindern.*“[80]. Mit der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine setzte er diese Drohung faktisch um.

## Ideologische Strömungen und sicherheitspolitische Denkschulen in Washington, Berlin und Moskau

Warum kam es trotz aller Gesprächsformate und Annäherungsversuche letztlich **nicht** zur Integration Russlands in die westlichen Bündnisstrukturen? Neben den konkreten Ereignissen sind hierfür auch ideengeschichtliche und strategische Faktoren auf Seiten der beteiligten Hauptstädte zu betrachten.

**In den USA** herrschte nach 1990 zunächst eine gewisse Orientierungslosigkeit, die berühmte „*What now?*“-Debatte. Einerseits propagierten liberale **Internationalisten** wie Präsident Clinton die Vision einer „*demokratischen, und endlich ungeteilten*“ euro-atlantischen Gemeinschaft[54]. NATO und EU-Erweiterung galten ihnen als Instrumente, um Freiheit und Stabilität nach Mittel- und Osteuropa zu tragen – was letztlich auch Russland zugutekommen würde, so die Annahme[46][81]. Andererseits warnten realistische **Strategen** wie der ehemalige Botschafter **George F. Kennan**, es sei ein fataler Fehler, den Einflussbereich der NATO bis an Russlands Grenzen vorzuschieben. Kennan schrieb 1997 von einer „*folgeschwersten Fehlentscheidung der gesamten Nachkriegszeit*“, die den russischen Nationalismus anstacheln und eine antidemokratische Wende begünstigen werde[45][46]. Auch hochrangige Militärs und Politiker – etwa Paul Nitze, Brent Scowcroft oder 50 Senatoren – äußerten in den 90ern Bedenken gegen eine Erweiterung *ohne* Russland. Nicht zuletzt sahen **Pentagon-Planer** die Gefahr, dass man sich mit neuen Sicherheitsgarantien übernehme und gleichzeitig Moskaus Kooperation bei Abrüstung und Nichtverbreitung (Stichwort „*loose nukes*“) riskiere[82]. Dieses Lager plädierte dafür, eher auf **Kooption statt Konfrontation** mit Russland zu setzen. Die Clinton-Regierung versuchte, beide Ansätze zu vereinen: Sie **erweiterte** zwar die NATO, versuchte aber parallel, Russland durch Beratungsgremien (NAKR, NATO-Russland-Rat) und wirtschaftliche Hilfen (IWF-Kredite, G7/G8-Einbindung) einzubinden. Einige US-Offizielle gaben offen zu, die

NATO-Erweiterung sei auch eine Versicherung für den Fall, dass Russland seine demokratische Entwicklung **doch nicht** wie erhofft vollziehe. So erklärte Außenministerin **Madeleine Albright** vor dem US-Senat 1997, die NATO bleibe „für den unwahrscheinlichen Fall, dass Russland sich entgegen unseren Hoffnungen anders entwickelt... NATO ist dann da.“[83]. Diese Aussage spiegelt das strategische Dilemma: Man hoffte auf ein demokratisches Russland, bereitete sich aber zugleich auf ein mögliches Revival russischer Machtpolitik vor.

Mit dem Amtsantritt George W. Bushs 2001 traten in Washington vermehrt **neo-konservative** Denkschulen in den Vordergrund. Nach 9/11 stand zunächst die Terrorbekämpfung im Fokus, wo Putin zum Verbündeten wurde. Doch bereits 2002 zeichnete sich mit der „Achse des Bösen“-Rhetorik und den Plänen für Raketenabwehr ab, dass die USA künftig unilateral handeln würden, wenn sie es für nötig hielten – ungeachtet russischer Bedenken. Einflusstreiche Neo-Cons wie **Dick Cheney** sahen Russland primär als abgehalfterte Regionalmacht, die den USA nicht mehr **auf Augenhöhe** begegnen könne. Unter dieser Prämisse wurde NATO-Erweiterung als Vollendung des „*Sieges im Kalten Krieg*“ betrachtet. Russland sollte freundlich behandelt, aber letztlich **ausmanövriert** werden, solange es schwach war[6]. Gleichzeitig hielten gemäßigte **Realpolitiker** wie Verteidigungsminister Robert Gates dagegen, man dürfe Russland nicht völlig die Würde eines Großmächteinflusses absprechen – die Missachtung vitaler Interessen (wie im Fall Ukraine/Georgien 2008) könne einen gefährlichen Backlash provozieren[73]. Insgesamt blieb jedoch die US-Politik bis 2014 dabei, die **NATO als Kern** der europäischen Sicherheit zu betrachten – und Russlands Rolle darauf zu begrenzen, *von außen* oder in untergeordneten Gremien Einfluss zu nehmen. Eine echte gemeinsame Sicherheitsstruktur auf **Augenhöhe** (etwa in Form einer OSZE-Aufwertung oder Russlands NATO-Beitritt) fand in Washington letztlich keine Mehrheit. Wie es ein Historiker formulierte: *Die USA betrachteten sich nach 1991 als Sieger und hatten die Macht, die Sicherheitsdynamik in Europa zu ihren Gunsten zu formen; Russland wollte zwar als großer Spieler anerkannt werden, besaß aber nicht die Mittel, US-Initiativen zu stoppen, die es als demütigend empfand*[84][85]. Dieses Machtungleichgewicht prägte das gesamte Jahrzehnt nach dem Kalten Krieg.

**In Deutschland** standen sich nach 1990 zwei politische Traditionslinien gegenüber: zum einen die **transatlantische** Ausrichtung – Deutschland als enger Verbündeter der USA, verankert in NATO und EU –, zum anderen die **Ostpolitik**-Schule, die auf Verständigung und Integration Russlands setzte. Helmut **Kohl** verkörperte gewissermaßen beide Ansätze: Er betrieb vehement die Westbindung der osteuropäischen Nachbarn (EU- und NATO-Osterweiterung), fühlte sich aber gleichzeitig Gorbatschow und später Jelzin persönlich verpflichtet, deren Vertrauen nicht zu verspielen[2][86]. Schon 1989 hatte Kohl Gorbatschow millionenschwere Hilfen und politische Partnerschaft für das postkommunistische Russland in Aussicht gestellt. In den Verhandlungen 1990 rang er Gorbatschow die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands ab – nicht ohne mündliche Zusicherungen, dass die NATO sich *darüber hinaus* zurückhalten werde[4]. Dies lastete auf dem deutschen Russland-Verhältnis: Moskau warf Berlin später vor, es habe seine Versprechen von 1990 vergessen. Kohl bemühte sich in den 90ern redlich, Jelzin **einzubinden**. Er hielt engen persönlichen Kontakt, unterstützte Russlands Aufnahme in die G7 (1998 dann G8) und drang intern in der NATO auf das oben erwähnte behutsame Vorgehen („no surprises, no rush“[2]). Gleichwohl musste auch Kohl anerkennen, dass Polen, Tschechien und Ungarn legitime Ansprüche auf Sicherheit hatten. Sein Verteidigungsminister Rühle und Außenminister Klaus Kinkel waren explizit pro-NATO-Erweiterung. Kohl fand schließlich einen **Ausgleich**: Er half, die NATO-Russland-Grundakte

1997 auszuarbeiten, und versprach Jelzin, dass **kein** Land in Europa ausgeschlossen werden solle[2]. Gleichzeitig stimmte er der NATO-Aufnahme der ersten drei Osteuropäer zu. Diese Doppelstrategie setzte sich unter Gerhard **Schröder** (Kanzler 1998–2005) fort, jedoch mit anderer Tonalität: Schröder pflegte ein *freundschaftliches* Verhältnis zu Putin, nannte ihn gar einen „*lupenreinen Demokraten*“ (ironisch gemeint, aber vielsagend). Er förderte strategische Energiepartnerschaften (Pipeline Nord Stream) und trat 2003 zusammen mit Putin und Jacques Chirac gegen den US-geführten Irakkrieg auf – ein Novum, dass Deutschland und Frankreich mit Russland **gegen** Amerika Position bezogen. Schröder äußerte rückblickend auch Kritik an der NATO-Politik: Die Ausdehnung der westlichen Einflusszone habe Russlands legitime Sicherheitsinteressen missachtet und zur aktuellen Konfrontation beigetragen (so Schröder 2014) – eine Sicht, die allerdings wegen seiner Nähe zu Putin umstritten ist. Angela **Merkel** wiederum, geprägt von ihrer DDR-Vergangenheit und dem Misstrauen gegenüber sowjetischer Macht, betonte stets sowohl Dialogbereitschaft als auch **Prinzipientreue**. Sie unterstützte die EU-Ostpolitik (Östliche Partnerschaft) und sanktionierte nach 2014 Russlands Aggression, hielt aber an Formaten wie dem NATO-Russland-Rat oder den Minsk-Verhandlungen fest, solange es möglich war. Ihr Kalkül war sicherheitspolitisch geprägt: Sie wollte keinen offenen Bruch mit Moskau, um Risiken für Europa zu minimieren. Gleichwohl zeigte ihre **Blockade** des Ukraine-MAP 2008, dass sie eher Vorsicht walten ließ, wo andere (Bush) riskierten – aus der Überzeugung, Russland militärisch nicht herausfordern zu dürfen, solange man dazu nicht absolut geschlossen und bereit war[87][88]. In der deutschen Debatte existierte zudem eine starke **zivilgesellschaftliche** Strömung der sogenannten „*Russlandversther*“, die historische Empathie für Russlands Perspektive einforderte. Sie verwiesen auf den deutschen Überfall 1941, der bei Russen tiefe Traumata hinterließ, und warnten vor einer erneuten Einkreisung Russlands. Stimmen wie Egon Bahr (Architekt der Ostpolitik) oder Helmut Schmidt mahnten in den 90ern, man müsse Russland frühzeitig in eine kollektive Sicherheitsarchitektur einbinden, um kein neues Versailles (Demütigung mit Revanchismus-Folge) zu erzeugen. Diese Mahnungen blieben in der praktischen Politik aber oft zweitrangig gegenüber der Bündnissolidarität mit den USA und den Integrationswünschen Osteuropas.

**In Russland** vollzog sich zwischen 1990 und 2014 eine dramatische ideologische Wende. Anfang der 90er Jahre dominierte – zumindest im Außenministerium unter **Andrei Kozyrew** – eine Art **liberaler Internationalismus**: Man wollte Teil des „Westens“ werden, suchte Anerkennung als Demokratie und hoffte, die alten Machtkonflikte überwinden zu können. Kozyrew formulierte: „*Ein demokratisches Russland wäre so natürlicher Bündnispartner der USA und der NATO wie die tyrannische Sowjetunion ihr Gegner war.*“ [7]. Jelzin selbst liebäugelte mit westlichen Institutionen (Europarat-Beitritt 1996, WTO-Beitrittsantrag etc.) und war zunächst bereit, auch schmerzhaft Anpassungen vorzunehmen (zum Beispiel nahm er NATO-Manöver auf russischem Boden 1994 hin, eine Sensation). Doch parallel erstarkten die **Gegenspieler** dieser westlichen Linie: Nationalisten wie Wladimir Schirinowski, Kommunisten unter Gennadi Sjaganow und auch konservative Kräfte im Militär- und Sicherheitsapparat standen dem „Anbiedern“ an den Westen feindlich gegenüber. Kozyrew selbst beschrieb 1995 die internen Lager so: Eine Gruppe wolle russische Interessen mit „Aktivismus und Drohungen“ verteidigen (Hardliner), eine andere plädiere dafür, NATO zu ignorieren, und die dritte – zu der er und Jelzin zählten – setze auf *Kooperation*, auch wenn man in der **NATO-Frage weiter Streit habe**[89]. Diese dritte Gruppe verlor an Einfluss, je stärker die Enttäuschungen über den Westen wuchsen. 1996 wurde Kozyrew durch **Jewgeni Primakow** ersetzt – einen ehemaligen Geheimdienstchef mit der Vision einer *multipolaren* Weltordnung, in der Russland wieder als

Großmacht agiert. Primakow verfolgte die „**Eurasische**“ Option: Er schmiedete z. B. 1998 eine strategische „**Dreierallianz**“ mit Indien und China (Vorläufer der BRICS-Idee), um den US-dominierten Westen zu konterkarieren. Die NATO-Expansion ab 1997 galt ihm als Beleg, dass der Westen auf Dominanz aus sei und Russland seinen Einfluss streitig mache. Parallel dazu wurde die NATO in der russischen Militärdoktrin wieder klar als potentieller **Hauptgegner** definiert. Diese Entwicklung kulminierte schließlich unter **Wladimir Putin**. Nach anfänglich pragmatischer Westorientierung (die auch vom Willen geprägt war, Russlands wirtschaftlichen Aufstieg nicht zu gefährden), schlug Putin seit Mitte der 2000er immer nationalistischere Töne an. Er bediente die **historischen Traumata** der Russen: die katastrophalen Invasionen aus dem Westen (Napoleon 1812, Hitler 1941), die Demütigung der 90er Jahre, als die einzige Supermacht Russland am Boden lag und vom IWF und westlichen Beratern abhängig war, und die glorreiche Erinnerung an den „*Großen Vaterländischen Krieg*“, aus dem die Sowjetunion als Sieger hervorging. All dies formte den Narrativ-Mix, mit dem Putin innenpolitisch große Zustimmung gewann: Russland dürfe *nie wieder* schwach sein, **nie wieder** blind vertrauen, **nie wieder** westliche Truppen an seinen Grenzen dulden. In dieser Ideologie ist NATO gleichbedeutend mit potenzieller **Bedrohung**, egal wie oft diese betont, sie sei defensiv ausgerichtet<sup>[90][91]</sup>. Ein führender Kopf der russischen Denkfabrik-Elite, Sergej Karaganow, argumentierte, der Westen habe Russland stets als Gegner sehen *müssen*, um die Existenz der NATO zu rechtfertigen – folglich bleibe Moskau nichts anderes übrig, als sich ebenso aufzustellen. Einflussreich waren auch nationalistische Intellektuelle wie Alexander Dugin, die von einem „*Eurasischen Reich*“ träumten und jede westliche Integration als Unterwerfung verteufelten. Obwohl Dugin kein Regierungsamt innehatte, fanden seine Ideen vom Kampf gegen westlichen Liberalismus bei Teilen der Silowiki Anklang. Putin selbst zitierte öfter den Philosophen Iwan Iljin, der vom besonderen spirituellen Weg Russlands sprach – fern der dekadenten westlichen Demokratien.

Letztlich scheiterte die Integration Russlands in die NATO oder EU an einem **Gemenge von Ursachen**: tief sitzendem gegenseitigem Misstrauen, unvereinbaren machtpolitischen Interessen und unverarbeiteten historischen Lasten. Der Westen wollte die nach dem Kalten Krieg errungene *Sicherheitsordnung* – die auf der Vorherrschaft der USA und der Erweiterung westlicher Institutionen basierte – nicht aufgeben, indem er Russland ein Vetorecht oder gar eine **gleichrangige Rolle** einräumte<sup>[6]</sup>. Russland wiederum konnte sich nicht damit abfinden, dauerhaft in eine Zuschauerrolle gedrängt zu werden, während NATO und EU immer näher rückten. Das Land verstand sich als **Erbe der Sowjet-Großmacht** und erwartete nach 1991 Dividenden für seine Kooperation (z. B. die Nicht-Erweiterung der NATO oder zumindest echte Mitbestimmung). Als diese ausblieben, gewann die Ansicht Oberhand, man müsse sich seinen Einfluss notfalls *erzwingen*. Die ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas – Polen, das Baltikum, Rumänien usw. – trugen ihren Teil zur Dynamik bei: Für sie war die Vorstellung, Russland in NATO/EU aufzunehmen, von vornherein absurd, da sie genau vor diesem Staat Schutz suchten. Ihre **historischen Traumata** (Teilungen, Sowjet-Okkupation, Unterdrückung) ließen keinen Raum für russische Bündnispartnerschaft; im Gegenteil drängten sie ihre westlichen Partner zu einer klaren Abgrenzung gegenüber Moskau. So entstand gewissermaßen ein *Teufelskreis*: Jede NATO-Erweiterung, die Osteuropa mehr Sicherheit gab, erzeugte in Russland mehr Unsicherheit – diese führte zu Verhaltensweisen (Drohungen gegen Nachbarn, Militarisierung, autoritäre Wende), die wiederum den Westen in seiner negativen Einschätzung bestätigten, sodass man Russland **erst recht** nicht ins Bündnis holen konnte.

**Fazit:** Von 1990 bis 2014 lassen sich unterschiedliche Phasen der Annäherung und Entfremdung erkennen, doch der übergreifende Trend war eine wachsende Entkoppelung Russlands von der westlichen Integrationsdynamik. Offizielle Reden und Dokumente waren oft von Optimismus geprägt – man sprach von „Partnerschaft“ und baute Beratungsgremien auf, in denen Russland *mitreden* durfte[38]. Doch in entscheidenden Momenten (1999 Kosovo, 2004/2008 Erweiterungsrounden, 2011 Libyen, 2014 Ukraine) zeigten sich die Grenzen dieser Partnerschaft. Beide Seiten haben zu diesem **Scheitern** beigetragen: Washington und die NATO-Verbündeten bestanden auf dem Recht jeder Nation, Bündnisse frei zu wählen, und nutzten ihre Machtposition aus, um die eigene Einflussosphäre auszuweiten[6][92]. Moskau wiederum hielt lange an einem überholten Denken in **Einflusszonen** fest und versäumte es, das verloren gegangene Vertrauen durch konsequente Demokratisierung und Berechenbarkeit wiederherzustellen – was eine echte Integration überhaupt erst politisch möglich gemacht hätte[93][94]. So blieb Russland stets *Partner auf Widerruf*, niemals wirklich **Mitglied** der westlichen Gemeinschaft. Aus russischer Sicht bestätigte dies das Gefühl, man sei vom Westen ausgegrenzt und als gleichwertiger Akteur nie erwünscht gewesen[23]. Aus westlicher Sicht wiederum zeigte Russlands Verhalten – von der Unterdrückung in Tschetschenien bis zur Annexion der Krim –, dass es die gemeinsamen Werte und Regeln nicht ausreichend teilte, um es in den *eigenen Reihen* aufzunehmen[38][95].

Die Frage „Warum wurde Russland nicht integriert?“ lässt sich somit nicht monokausal beantworten, sondern nur durch das Zusammenspiel von **Sicherheitsinteressen, Weltanschauungen und historischen Erfahrungen** aller Beteiligten. Russland blieb außen vor, weil weder der Westen bereit war, die NATO zu einer inklusiven Sicherheitsstruktur jenseits ihres ursprünglichen Zweckes umzubauen, noch Russland bereit (und fähig) war, sich dem westlichen Ordnungsmodell unterzuordnen. Beide Seiten verfolgten letztlich eine eigene Vision von europäischer Sicherheit – und diese Visionen erwiesen sich als **unvereinbar**. Wie ein westlicher Kommentator feststellte, brachte die NATO-Erweiterung zwar vielen Ländern Sicherheit, doch „*das Versäumnis, Russland einen Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur zu geben, hinterließ eine Zone der Unsicherheit*“, die bis heute nachwirkt[92][93]. Die Ereignisse bis 2014 bestätigen dies auf tragische Weise.

#### Quellen:

- Savranskaya, S., & Blanton, T. (2017). *NATO Expansion: What Gorbachev Heard*. National Security Archive[3][5][6].
- Kramer, M. (2009). *Die NATO-Osterweiterung: Hintergründe und Zusagen 1990/91*. In: **Zeithistorische Forschungen**. (Behandelt Genschers und Bakers „no expansion“-Garantien)[4].
- National Security Archive (2018). *NATO Expansion: What Yeltsin Heard* (Dokumentensammlung)[31][32][29].
- Clinton, B. (2010). *My Life* (Memoiren – Clinton über Yeltsin und NATO)[20].
- Kieninger, S. (2024). *Helmut Kohl Transcripts: NATO Enlargement*. Wilson Center Digital Archive[2][36][86].
- Merkel, A. (2024). *Erinnerungen – Freiheit*. (Auszug in Morgenpost vom 21.11.2024) [66][70].
- Putin, W. (2007). *Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz*, 10. Februar 2007[57][58] (vgl. offizielles Transkript, kremlin.ru).

- War on the Rocks (2019). *Promises Made, Promises Broken?* – Analyse der NATO-Russland-Debatte[4][23].
  - Los Angeles Times (7.7.1997). „*NATO Expansion Would Be a Fateful Error*“ – Zitat George F. Kennan[45].
  - RFE/RL (03.06.2017). Bericht: *Putin sagt, er habe Clinton NATO-Beitritt Russlands vorgeschlagen*[8][9].
  - Bundeszentrale f. pol. Bildung (2020). *Russlandpolitik der EU* (Europalexikon)[52][51].
  - Royal United Services Institute (2016). „*Russia and NATO – Eroding the Foundation*“ (Igor Sutyagin)[38].
  - Weitere: Reden und Interviews von G. H. W. Bush, James Baker, Hans-Dietrich Genscher (1990); Jelzin-Reden 1994 (Budapest) und 1995; Albright vor dem US-Senat (1997); Gates, R. (2014) Memoiren; etc. (im Text zitiert).
- 

[1] [3] [4] [5] [6] [12] [13] [14] [15] [21] [22] [23] [24] [25] [26] [81] [84] [85] [92] [93] [94]  
 Promises Made, Promises Broken? What Yeltsin Was Told About NATO in 1993 and Why It Matters – War on the Rocks

<https://warontherocks.com/2019/11/promises-made-promises-broken-what-yeltsin-was-told-about-nato-in-1993-and-why-it-matters-2/>

[2] [16] [17] [18] [19] [33] [34] [35] [36] [37] [40] [41] [42] [43] [86] The Helmut Kohl Transcripts: NATO Enlargement | Wilson Center

<https://www.wilsoncenter.org/blog-post/helmut-kohl-transcripts-nato-enlargement>

[7] [10] [PDF] Russia and NATO Enlargement: An Insider's Account

<https://transatlanticrelations.org/wp-content/uploads/2019/04/19-Kozyrev.pdf>

[8] [9] [47] [48] Putin Says He Discussed Russia's Possible NATO Membership With Bill Clinton

<https://www.rferl.org/a/russia-putin-says-discussed-joining-nato-with-clinton/28526757.html>

[11] NATO Expansion: What Gorbachev Heard | National Security Archive

<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

[20] [27] [28] [29] [30] [31] [32] NATO Expansion: What Yeltsin Heard | National Security Archive

<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2018-03-16/nato-expansion-what-yeltsin-heard>

[38] [39] [95] Russia and NATO – Eroding the Foundation of Relations | Royal United Services Institute

<https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/commentary/russia-and-nato-eroding-foundation-relations>

[44] The Clinton-era blunder that set the stage for today's Ukrainian crisis

<https://responsiblestatecraft.org/2022/02/13/the-clinton-era-blunder-that-set-the-stage-for-todays-ukrainian-crisis/>

[45] [46] [54] [82] [83] NATO Expansion Would Be an Epic 'Fateful Error' - Los Angeles Times

<https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1997-jul-07-me-10464-story.html>

[49] Putin Says 'Why Not?' to Russia Joining NATO - The Washington Post

<https://www.washingtonpost.com/archive/politics/2000/03/06/putin-says-why-not-to-russia-joining-nato/c1973032-c10f-4bff-9174-8cae673790cd/>

[50] NATO-Russia Founding Act Signing - Clinton White House

<https://clintonwhitehouse5.archives.gov/WH/new/Europe/19970527-814.html>

[51] [52] [53] Russlandpolitik der EU | bpb.de

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/177243/russlandpolitik-der-eu/>

[55] [56] [57] [58] [59] [60] [61] [62] [63] [73] [74] [90] [91] 2007 Munich speech of Vladimir Putin - Wikipedia

[https://en.wikipedia.org/wiki/2007\\_Munich\\_speech\\_of\\_Vladimir\\_Putin](https://en.wikipedia.org/wiki/2007_Munich_speech_of_Vladimir_Putin)

[64] Did Putin's 2007 Munich Speech Predict the Ukraine Crisis?

<https://www.cato.org/commentary/did-putins-2007-munich-speech-predict-ukraine-crisis>

[65] Ukraine: Wie Angela Merkel 2008 den Nato-Beitritt verhinderte

<https://www.spiegel.de/panorama/ukraine-wie-angela-merkel-2008-den-nato-beitritt-verhinderte-spiegel-rekonstruktion-a-f8c94810-17c8-4533-be5c-7fa08cdd23fc>

[66] [67] [68] [69] [70] [71] [72] [78] [79] [80] [87] [88] Angela Merkel: Diesen Putin-Satz hat sie bis heute nicht vergessen

<https://www.morgenpost.de/politik/article407733650/diesen-putin-satz-vergisst-angela-merkel-bis-heute-nicht.html>

[75] The draft of the European Security Treaty - President of Russia

<http://en.kremlin.ru/events/president/news/6152>

[76] [PDF] The Russian Proposal for a Treaty on European Security - IFSH

<https://ifsh.de/file-CORE/documents/yearbook/english/09/Zagorski-en.pdf>

[77] Russia's Proposed New European Security Treaty: A Non-Starter for ...

<https://www.heritage.org/europe/report/russias-proposed-new-european-security-treaty-non-starter-the-us-and-europe>

[89] Secretary's meeting with Russian FM Kozyrev, December 6, 1995 | National Security Archive

<https://nsarchive.gwu.edu/document/16393-document-21-secretary-s-meeting-russian-fm>